

# Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Cösa, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfleider, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standitz, Throna usw.)  
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Befanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr.  
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.50 Mk., Post ohne Befreiung monatlich 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Einzelnenpreis: Die 8spaltige Beilage 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklameteil (3spaltig) 50 Pfg. Tabell. Satz 50%, Aufschlag. Bei unbedeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Verantwortl. Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Güng & Cule, Naumburg bei Leipzig, Markt 8

Nummer 51

Donnerstag, den 26. April 1928

39. Jahrgang

## Amtliches.

In der gestrigen 6. diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Ein Angebot der Arealbank für die Schaffung von Grundstücken über die Mietsteuer wurde angenommen.
2. Von der Neufestlegung der Tarifhöhen für die Gemeindearbeiter nahm man Kenntnis.
3. Das Gesuch des Jungland-Bundes Naumburg um Anbringung eines Vereinszweiges am Rathaus wurde unter dem Vorbehalt des Widerspruchs gegen 5 Stimmen genehmigt.
4. Die Gesuche zweier Mieter von kädtischen Grundstücken um Aufnahme von Untermietern genehmigte man bedingungsweise.
5. Verschiedene Ueberreitungen des Haushaltes auf das Jahr 1927 wurden genehmigt.
6. Als Sonntage, an denen im Handelsgewerbe eine erweiterte Verkaufszeit zulässig ist, bestimmte man für das Jahr 1928 die 2. Jahrmärkte und die 2. letzten Sonntage vor Weihnachten.
7. Von einer Mitteilung des Kirchenvorstandes in der Angelegenheit des Kantoralzweiges nahm man Kenntnis.
8. Das Gesuch des Verwaltungsrates Walter Mauerbergers um Weiterbefähigung wurde bedingungsweise genehmigt.
9. 3 Ausländern soll der Aufenthalt in Naumburg bedingungsweise gestattet werden.
10. Zu verschiedenen Gesuchen um Verkauf von Reibendulfern auf der Wurzener Straße und um Genehmigung von Vorarbeiten auf diese Grundstücke erklärte man Zustimmung.
11. Die Erd-, Mauer- und Zimmerarbeiten für die 3 Doppelhäuser an der Wurzener Straße wurden vergeben. Es sollen je 1 Doppelhaus ausführen die Herren Jirke & Schöne, Mauer- und Zimmermeister Berthold und Zimmermeister Wilhelm Wegel.
12. Der Beschluß des Verfassungsausschusses vom 20. d. M., den Turn- und Bewegungsspieler der freien Turnerschaft eine kädtische Weite an der Fuchsbauer Straße postweise zu überlassen, wurde genehmigt.
13. Die Beschlüsse des Bauausschusses vom 19. d. M., wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich um die Ausführung des vorgeschlagenen Asphaltbezuges für die Leipziger Straße zwischen der Parkbrücke und der Weststraße, eine Ausbesserung wegen Einwirkung von Schergeräten und um Vergütung der Einreibungsarbeiten im Grundstück des Herrn Wermann, Wurzener Straße 6.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Der Stadtrat.

Nach einer Anzeige sind die von der Sparkasse Naumburg ausgegebenen Sparkassenscheine Nr. 10841, 16948, 17521, 31727, 31730, 31731 abhandeln gekommen.

Der etwaige Inhaber dieser Schecks wird aufgefordert, seine Ansprüche binnen zwei Monaten vom Erscheinen der Bekanntmachung an geltend zu machen.

Die Sparkassenverwaltung.

Freitag, den 27. April 1928, vorm. 11 Uhr sollen in Naumburg im Saalhaus Sambertus 1 Pferd (braune Stute), 1 Sofa, 2 Schreibtische, 1 Kleiderkasten, 1 Garnitur Korbmöbel, 1 Wäschekorb mit Spiegel, 1 Schreibmaschine, 1 Liegestuhl, 1 Döcker, 1 Koffer, 1 Bett und 1 Hosenkasten.  
Sowie nam. 1 Uhr in Ammelshain im Goldhof daselbst 1 Sprechapparat mit 3 Platten meistbietend öffentlich gegen Barzahlung versteigert werden.

Grimma, am 26. April 1928. Qu. I, 4595, 4130 3950, 4686 27.  
Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

## Geheimnisvolle Reise.

Lord Birkenhead, Mitglied des englischen Kabinetts, ist Staatssekretär für Indien. Nicht gerade, um sich nur den Spielplatz des Berliner Golfclubs anzusehen, kam er vor kurzem nach Deutschland, sondern es haben hier schon kaum noch geklagerte politische Verhandlungen zwischen ihm und den Leitern der deutschen Außenpolitik stattgefunden; trotz seiner Eigenschaft als Mitglied dieses Kabinetts konnte er dabei sozusagen nur offiziell auftreten. Gerade in den deutsch-englischen Beziehungen sind auch vor dem Kriege solche offiziellen Besuche vorgekommen, die außenpolitische Neuregelungen bezweckten, aber nur indirekt vom Leiter der englischen Außenpolitik veranlaßt waren. So auch jetzt — vielleicht Birkenhead ist nämlich im Gegensatz zu Chamberlain, der auf dem linken Flügel der Konservativen steht, der Vertreter einer schärferen Tonart, namentlich mit Bezug auf das Verhältnis zu Rußland; Chamberlain hat es immer vermieden, den Bruch mit diesem Lande allzu tiefgehend werden zu lassen, und denkt gar nicht daran, nun etwa eine antirussische Front etwa von England, Frankreich, Deutschland, Italien und Polen aufzubauen. Aber nicht alle im englischen Kabinetts leben hierin auf seiner Seite, vielmehr sind dort Tendenzen zu verspüren, die tatsächlich eine solche antirussische Front schaffen sollen. In den englischen politischen Kreisen ist es außerdem ein offenes Geheimnis, daß Lord Birkenheads Wünsche sehr stark in Richtung auf den Ministerposten des Auswärtigen gehen. Der Ministerpräsident Baldwin selbst scheint sich aber doch nicht so recht für ihn zu interessieren, er ist ihm nicht so recht nach dem Herzen, aber selbstverständlich ist Lord Birkenhead nicht ohne seine Einwirkung nach Berlin gegangen; auffallenderweise hat er ihn jetzt aber in ziemlich scharfer Form getadelt, weil dieser sein Staatssekretariat es für zweckmäßig hielt, ohne des Ministerpräsidenten Genehmigung in einem Zeitungsartikel sich mit den Fragen der englischen Außenpolitik in einem Sinne zu befassen, der sich mit Baldwin's Ansichten offenbar doch wohl nicht ganz deckt.  
England hat nämlich jetzt wirklich dringendere Sorgen, über die der Schatzkanzler Winston Churchill soeben

## Die Südhinesen bedrohen Peking General Fengs Vormarsch.

Zinanzu genommen.  
Die Hauptstadt der chinesischen Provinz Schantung, Tsinanzu, wurde von den siegreich vordringenden Truppen des sog. christlichen Generals Feng ohne Kampf besetzt. Die geschlagenen Nordtruppen des Marschalls Tschangtsolin flüchten in Unordnung zurück. Die Südruppen sollen teilweise in Tsinanzu geplündert haben.  
Nach der vor kurzem gemeldeten Frühjahrschlacht zwischen den nationalistischen Südruppen und der Streitmacht des Beherrschers der Randgebiete, Tschangtsolin, in der dieser unter großen Verlusten geschlagen wurde, erklärten Sachkenner sofort die Eroberung der Hauptstadt Schantung nur noch für eine Frage der Zeit. Als weitere Folge dieses Vorstoßes droht aber die Eroberung Peking's, wo sich Marschall Tschangtsolin bisher unangefochten als Herrscher aufgetan hatte. Umfangreiche Maßnahmen zur Verteidigung Tientsins und Peking's werden getroffen. Die Eroberung Fengs haben auch die Regierung in Wuhan (Hankow) veranlaßt, sich an dem Feldzug gegen Tschangtsolin zu beteiligen. Unter dem General Tschangtsolin rückt eine 50 000 Mann starke Abteilung zur Unterstützung der in Schantung stehenden verbündeten Streitkräfte der Südruppen in Peking und General Fengs vor.

### Französisches Abkommen mit Peking.

Zwischen Frankreich und der chinesischen Nationalregierung in Peking ist eine Verständigung erfolgt, die den Differenzen, die durch die am 21. März 1927 gegen die französische Kolonie in Kankina verübten Aus-

führungen eingetragene Ausföhrungen macht. Und man muß saunen, mit welcher Energie England darangeht, seine internationalen Schanden, in der Hauptsache nach außen hin die Zahlungsverpflichtungen an Amerika, dann aber auch eine sehr große innere Schuld, den Vereinbarungen gemäß baldigst abzudecken. Dabei geht es England wirtschaftlich längst nicht mehr so gut wie einstens vor dem Kriege, auch die Arbeiter der großen Bergarbeiterkreise sind alles andere als überwandend. Die englische Staatsschuld beträgt 7,5 Milliarden Pfund, also gerade 150 Milliarden Mark, und um diese abzubauen, wird man in Zukunft jährlich regelmäßig 355 Millionen Pfund, das sind also nicht weniger als sieben Milliarden Mark, in den Haushalt einbringen. Auf diese Art und Weise will England in 50 Jahren seine gesamte innere und äußere Schuld tilgen.

Das ist imponant — wenn diese gewaltige Verschuldung auch eine nicht gerade angenehme Frucht des Krieges ist. Aber sie verbindet, daß sich England in gewagte außenpolitische Experimente einläßt, vielmehr seine ganze Politik auf eine möglichst ungehörte Erhaltung des jetzigen Zustandes in der Welt und namentlich auf dem europäischen Kontinent eingestellt hat, infolgedessen doch wohl nur in recht kleinen Kreisen derartige Absichten bestehen, wie man sie Lord Birkenhead und den Seinen zuschreibt. Außerdem sind in sehr naher Zeit die Wahlen zum englischen Parlament fällig. Die letzten Wahlen haben zwar erst im Oktober 1924 stattgefunden und die Wahlzeit beträgt fünf Jahre, aber trotzdem ist mit Neuwahlen wohl noch im Jahre 1928 zu rechnen, weil das Unterhaus es wohl noch nie zu einem „natürlichen“ Tode gebracht hat, sondern stets vorher aufgelöst wurde. Folgeschwere außenpolitische Schritte verbieten sich auch deswegen, weil man in England natürlich den Ausgang der Wahlen abwarten muß, die vielleicht eine Verschiebung des parteipolitischen Schwerepunktes herbeiführen können. Ist doch gerade, wie Churchill bereits ausführte, die soziale Lage großer Teile der Bergarbeiterkatastrophal, weil sie nicht damit rechnen können, in absehbarer Zeit überhaupt wieder Lohn und Brot zu finden, und der englische Schatzkanzler will die ungeheuerlichen Belastungen, die durch die Erwerbslosenfürsorge gerade den wirtschaftlich schwächeren Gemeinden auferlegt worden sind, durch eine gründliche Steuerreform wenigstens etwas mildern.

Ob also Lord Birkenhead mit seiner Reise nach Berlin irgend etwas erreicht hat, dürfte recht unwahrscheinlich sein; und wir sind auch gar nicht in der Lage, uns einseitig „für“ oder „gegen“ Rußland politisch zu entscheiden, — solange Rußland selbst nicht dazu zwingt. Das wird allerdings wesentlich von der Weiterentwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen uns und Rußland abhängen.

### Der Rote Frontkämpferbund.

Die Verbotfrage vor dem Reichstagsausschuß.  
Die Sitzung, in der sich der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Volksrechte mit dem vom Reichsminister des Innern von Reudell geplanten Verbot des Roten Frontkämpferbundes beschäftigte, dauerte ungefähr vier Stunden. Dennoch kam es zu keinem greifbaren Resultat, auch zu keiner Beschlußfassung.

Reichsinnenminister von Reudell hatte bekanntlich an die deutschen Länder eine Denkschrift

geschickt, die den Nationalisten die Verantwortung für die Unruhen über den Zwischenfall aus, sagt zu, daß die Unruhestifter bestraft werden sollen, und übernimmt die Verpflichtung, die fremden Kolonien vor Bedrohungen zu schützen. Frankreich erklärt sich bereit, die Möglichkeit einer Revision der Verträge mit China zu untersuchen, sobald die Ruhe wiederhergestellt sei. Eine Kommission von zwei Franzosen und zwei Chinesen soll über die Entschädigungen für die Verletzung der französischen Interessen verhandeln. Die Verständigung gewinnt in diesem Augenblick, wo die Rangkingsregierung erfolgreich gegen den Norden vorgeht, besondere Bedeutung.

### Protest gegen japanisches Eingreifen.

In Peking dauern die Kundgebungen gegen die kirchliche Entsendung japanischer Truppen nach der Provinz Schantung an. Es wird zum Boykott japanischer Waren aufgefordert. Die Rangkingsregierung hat an alle Mitglieder der Kuomintang (Nationalrevolutionäre Partei) eine Erklärung geschickt, in der voller Schutz des Lebens und Eigentums der Ausländer — ohne Rücksicht, ob innerhalb oder außerhalb der Kriegzone — zugesichert wird. Die Entsendung japanischer Truppen wird in dieser Erklärung als vollständig unangemessen bezeichnet. Sie verstoße gegen die Unabhängigkeit Chinas und stelle eine Verletzung der internationalen Rechte dar. Das japanische Volk könne nicht für diese Handlungswiese verantwortlich gemacht werden. Die Rangkingsregierung hoffe, daß die politischen Parteien Japans den Ministerpräsidenten von weiteren überfüllten Truppenentsendungen abhalten würden.

über das beabzuzugende Verbot des Roten Frontkämpferbundes gerichtet. Daraus lehnten 16 Länder die Zustimmung ab, während 9 aber einverstanden war und Württemberg sich abwartend verhielt. Die übrigen Länder teilten mit, daß sie gegebenenfalls die Entscheidung des Staatsgerichtshofes anrufen würden.

Bei der Verhandlung im Reichstagsausschuß lehnte Herr v. Reudell es ab, dem Antrag nachzugeben, seine Denkschrift an die Länder dem Ausschuß vorzulegen. In Erwiderung auf die Ausführungen verschiedener Redner erklärte der Minister, der Roten Frontkämpferbund sei eine staatsgefährdende Organisation. Es handelte sich bei seiner Gründung um eine reine Ressortangelegenheit. Seine Stellungnahme des Kabinetts, auch wenn sie statgefunden hätte, hätte den zuständigen Minister in diesem Falle von der ihm vom Republikanengesetz auferlegten Verpflichtung befreien können. Er suchte auch keine Deckung hinter dem Kabinetts. Er würde es für eine Außerachtlassung seiner Pflichten als Reichsinnenminister gehalten haben, wenn er das Verbot nicht erlassen hätte. Die anwesenden Minister im Kabinetts seien durchaus unterrichtet gewesen; das Kabinetts habe aber einen Beschluß nicht gefaßt. Die anderen Kabinettsmitglieder hätten lebhaftig Bedenken wegen des Zeitpunktes der Maßnahme geäußert.

Zu einem Antrage der Sozialdemokraten, den Reichstanzler zu ersuchen, unverzüglich die Zurücknahme des vom Innenminister an die Länderregierungen gerichteten Antrages herbeizuführen, erklärte Dr. v. Reudell, wenn der Ausschuß ein solchen Beschluß fassen würde, so würde dieser der staatsrechtlichen Grundlage entbehren. Fast durchgängig wurde die Rechtsbesugnis des Reichsinnenministers zum Erlaß solcher Ersuchen anerkannt.

Der kommunistische Antrag auf Aufhebung des Erlasses wurde abgelehnt, ebenso der Antrag Emminger (Bayer. Bp.), der Ausschuß solle seine Entscheidung bis nach dem Spruch des Staatsgerichtshofes zurückstellen.

Abg. Schulte (Ztr.) stellte dann namens seiner politischen Freunde und für den Abg. Koch-Weiser (Dem.) folgenden Antrag: „Ohne zu der Frage, ob die gesetzlichen und tatsächlichen Voraussetzungen für das Vorgehen des Reichsinnenministers gegeben waren, Stellung zu nehmen, hält der Ausschuß diese Maßnahme für den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für zweckmäßig.“ Auch dieser Antrag verfiel der Ablehnung, so daß es tatsächlich überhaupt zu keinem Beschluß kam.

### Reichswehr und Industrie.

Keinerlei Vereinbarungen.

Verschiedene Zeitungen hatten Meldungen verbreitet, nach denen zwischen dem Reichswehrministerium und den Waffenlieferanten eine Preisvereinbarung abgeschlossen sei. Der Reichsverband der Deutschen Industrie sammelte die Überschüsse aus den Waffenlieferungen, die steuerlich gesondert behandelt würden. Wie hierzu amtlich erklärt wird, ist diese Nachricht gänzlich unzutreffend. Es wird darauf hingewiesen, daß dem Dementi des Reichsverbandes der Deutschen Industrie nichts hinzuzufügen sei.

### Bennet gestorben.

Reudell. Wie aus Quedlinburg gemeldet wird, ist der Flieger Bennet Mittwoch gegen 17 Uhr mittelnordpölicher Zeit gestorben. Bennet überlag mit Bord zum erstenmal den Nordpol.